

# Rheinblick

September 2012 · Nr. 2

Liebe Ingelheimer,

nachdem 2009 die 1. Ausgabe des Rheinblicks erschienen ist, erhalten Sie nun unsere zweite Ausgabe. In der Zwischenzeit waren wir nicht untätig. Wir haben uns den einzelnen Problemen in den Stadtteilen zugewandt. Dazu haben wir einige Extra-Ausgaben des Rheinblicks herausgebracht, die sich jeweils einem Thema angenommen hatten. Diese wurden in den jeweiligen Stadtgebieten verteilt, um die Bürger vor Ort über das Thema zu informieren.

Der aktuelle Rheinblick greift nun ein Thema auf, das über die Stadtgrenzen von Ingelheim hinausgeht. Wir haben die uns vorliegenden Informationen zusammengetragen und dargestellt, wie wir in dieser Sache vorgehen würden und hoffen, dass uns viele Bürger dabei unterstützen werden.

Weitere Informationen zu diesem und anderen Themen finden Sie auf unsere Homepage unter [www.fb-ingelheim.de](http://www.fb-ingelheim.de)

Ihr Hans-Werner Klose



Hans Werner  
Klose  
(Archivfoto)



Was spricht gegen eine Zusammenlegung? (Fotomontage)

## Ingelheim + Heidesheim + Wackernheim Chance vertan oder Risiken vermieden?

Ohne große vorherige Diskussion hat der Ingelheimer Stadtrat in einer der letzten Sitzungen mehrheitlich gegen die Stimmen der FBI und der Grünen gegen die Aufnahme von Verhandlungen für eine freiwillige Zusammenlegung von Ingelheim mit der Verbandsgemeinde Heidesheim-Wackernheim gestimmt.

Wohl wissend, dass dieses Thema von den Ingelheimer Bürgern sehr emotional diskutiert wird, bin ich der Meinung, dass dieser Mehrheitsentscheid falsch war.

Es steht jedem Bürger zu, eine emotionale Entscheidung zu diesem

Thema für sich zu beanspruchen. Einem Mitglied des Ingelheimer Rates gestehe ich dieses Recht nicht zu. Wir werden gewählt, damit wir das Beste für Ingelheim anstreben. Dies muss auf der Grundlage von Sachentscheidungen passieren.

Die oben genannte Abstimmung war in keiner Weise durch sachliche Grundlagen unterlegt. Alle vorgebrachten Argumente der Mehrheitsentscheider waren, zumindest für mich, absolut emotional und politisch gefärbt. Mit politisch gefärbt meine ich die Angst, die neu hinzu-

*Fortsetzung nächste Seite*



Angelina  
Kemmerling

Sven  
Kutzner



Waldemar  
Smuda

## Neue Mitglieder in der FBI

Die „Freie Bürgerliste Ingelheim“ (FBI) hat weitere Unterstützung bekommen, Angelina Kemmerling, Sven Kutzner und Waldemar Smuda sind der „Freien Bürgerliste Ingelheim“ (FBI) beigetreten.

In die aktive Ausschussarbeit ist Waldemar Smuda direkt eingestiegen. Er wurde als Mitglied in den Jugend- und Sozialausschuss gewählt und ist stellvertretendes Mitglied im Schulträgerausschuss.

Hans-Werner Klose begrüßt diese personelle Verstärkung sehr und sieht darin eine wertvolle Unterstützung und Bestätigung unserer kommunalpolitischen Arbeit.

## Chance vertan oder Risiken vermieden?

*Fortsetzung von Seite 1*

kommende Wählerschaft nicht für sich einnehmen zu können und sie deshalb lieber nicht an die Ingelheimer Wahlurnen zu bringen.

Ein Gutachten der Uni Kaiserslautern zur Gebietsreform ist in vielen Punkten so tendenziös, dass das Votum für einen Zusammenschluss von Budenheim mit Heidesheim-Wackernheim nicht ernst genommen werden kann. So kommt das Gutachten in einem wichtigen Teil zur Erkenntnis, dass die Steuerkraft von Budenheim für einen Zusammenschluss günstiger sei als die von Ingelheim. Ich glaube zur Logik dieser Aussage brauche ich keinen weiteren Kommentar abzugeben.

Bin ich selbst ein Befürworter eines freiwilligen Zusammenschlusses von Ingelheim mit Heidesheim-Wackernheim? Dies kann ich bis heute nicht beantworten. Ich bin aber ein unbedingter Befürworter eines sachlich geführten Prozesses, der alle Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses untersucht, den betroffenen Bürgern vorstellt und dann eine sachlich fundierte Entscheidung ermöglicht. Gerade da es um historische Zusammenhänge und daraus resultierende Emotionen bei allen Beteiligten geht, muss die Diskussion von Sachlichkeit geprägt sein.

Was spricht denn auf den ersten Blick für eine Zusammenlegung?

Ingelheim will Mittelzentrum sein und werden, ist es da nicht eine der vornehmsten Aufgaben den Zusammenschluss anzustreben?

Ingelheim ist umzingelt von Naturschutzgebieten und kann sich deshalb langfristig nicht ausdehnen, ist dies nicht Grund genug die Stadtgrenzen zu erweitern und Ausweitungsmöglichkeiten zu erschließen?

Ingelheim kann aus eigener Kraft nicht mehr wachsen, besteht nicht die Gefahr, dass wir langfristig als

„reiche Kleinstadt“ in den begehrlichen Blick einer „armen Hauptstadt“ geraten?

Was spricht denn auf den ersten Blick sachlich gegen eine Zusammenlegung? Ein viel beschworenes Argument der Zusammenlegungskritiker: „Dann übernehmen wir ja die Schulden von Heidesheim-Wackernheim.“

Mir ist da eine Größenordnung von ca. 15 Millionen Euro bekannt. Entschuldigung! Das zahlt Ingelheim aus der Portokasse.

Der langfristige Zugewinn für die Ingelheimer wäre bei einer Zusammenlegung um ein Vielfaches höher. Es wird dann doch angebracht, dass „die Infrastruktur von Heidesheim-Wackernheim ja auf Kosten der Ingelheimer entwickelt werden muss.“ Nun ja, es ist ja wohl allgemein bekannt, dass beim größten Ingelheimer Gewerbesteuerzahler nicht nur Bürger aus Ingelheim dafür verantwortlich sind, dass die Steuermittel sprießen. Auch Heidesheimer und Wackernheimer sind dort beschäftigt. Was spricht dagegen, dass für sie ein Teil der Gewerbesteuer verwendet wird? Ich kann an dieser Stelle nur nochmals unseren Standpunkt als FBI betonen:

Die Fakten auf den Tisch, den Bürger informieren und dann im Zuge eines Ingelheimer Bürgerentscheides klären ob die Bürger einen Zusammenschluss wollen.

Im Moment bin ich der Meinung, dass die Mehrheit des Stadtrates eher eine Chance vertan hat und nicht Risiken vermieden hat!

Deshalb werden wir mit allen zulässigen Mitteln wieder die Aufnahme des Themas im Stadtrat betreiben.

Vielleicht können Sie als Leser und Wähler uns ja bei diesen Bemühungen unterstützen indem Sie Ihr Recht auf Mitsprache in dieser Angelegenheit einfordern! *Hans-Werner Klose*



## Den Bahnübergang 24 in West durch Überführung ersetzen

Im Interesse der Bürger in Ingelheim West fordern wir die Stadtverwaltung erneut auf, endlich den Bau einer Bahnüberführung zur Beseitigung des Bahnübergangs 24 einzuleiten. Neben überwiegend sehr langen Wartezeiten sprechen besonders auch Sicherheitsaspekte dafür. Überdeutlich sichtbar sind Trampelpfade neben den Schranken, die

auf eine offensichtlich häufige Gleisüberquerung bei geschlossenen Schranken hindeuten. Wir halten es für zwingend notwendig, dass die Stadtverwaltung hier endlich Verhandlungen mit der Bahn aufnimmt. Nachdem östlich der Selz durch die neue Ost-West-Umfahrung alle noch vorhandenen beschränkten Bahnübergänge beseitigt wurden, muss

auch den Bürgern in Ingelheim West eine wartezeitfreie und Sicherheitsaspekte berücksichtigende Bahnüberquerung zugestanden werden. Zitat: Ich (Name der Redaktion bekannt) benutze viermal täglich diesen Weg, die langen Wartezeiten sind eine Zumutung, mir ist unerklärlich, dass die Stadt sich hier nicht für ihre Bürger einsetzt! *Alfred Zielinski*

## Vergabe der Karten für die Seniorenitage bürgerfreundlich?

Die als vorbildlich gerühmte Seniorenarbeit der Stadt hat mit Sicherheit seine Berechtigung. Leider gibt es eine unschöne Tatsache im Bereich der Kartenvergabe für die Seniorenitage im Frühsommer. Wenn man sich mittags an dem Vergabetag auf dem Rathausvorplatz befindet, sieht man eine Schlange von meist älteren und betagten Mitbürgern, die ohne Sonnenschutz und Sitzmöglichkeiten (wenn man von den Rändern der Beton-Beeinfassungen und der Treppenstufen absieht) anstehen, um eine oder mehrere Karten für die Veranstaltungen zu erwerben. Da aus der Erfahrung heraus einige Angebote sehr

schnell vergriffen sind, kommt man natürlich auch weit vor dem eigentlichen Beginn des Verkaufes, um noch in den Besitz der begehrten Karten zu kommen. Während der Zeit des Wartens kam es schon zu erheblichen Kreislaufbeschwerden von Anstehenden.

Wir als FBI finden diese Vergabepraxis für unsere Senioren mehr als beschämend, dass sich diese wie zu „DDR-Zeiten“ anstellen müssen, um an die gewünschten Karten zu kommen. Ein Vorstoß als Anregung, dieses Verfahren zu überdenken, wurde bei einer Diskussion im Stadtrat von den anderen Parteien nicht als veränderungswürdig angesehen.

Wir werden uns aber weiter dafür einsetzen, dass die Kartenvergabe analog der Vergabe beim Kinderferien(s)paß durchgeführt wird. Dies sieht dann so aus, dass man seine Kartenbestellungen bis zu einem Stichtag schriftlich abgeben kann. Eine telefonische oder eine Bestellung per E-Mail sollte aber ebenfalls geprüft werden. Falls mehr Anmeldungen für eine Veranstaltung eingehen, wie Karten vorhanden sind, wird entweder ausgelost, oder der Zeitpunkt der Bestellung ist maßgeblich. Restkarten können dann auch noch nach dem Stichtag erworben werden.

*Angelina Kemmerling*



Wie schnell darf man sich nach diesem Schild mit einem Fahrzeug fortbewegen?

## Verkehrsberuhigter Bereich – Unwissenheit oder Missachtung?

Die meisten Verkehrsteilnehmer verhalten sich im verkehrsberuhigten Bereich nicht so, wie es die Straßenverkehrsordnung vorschreibt:

1. Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen, Kinderspiele sind überall erlaubt.
2. Der Fahrzeugverkehr muss Schrittgeschwindigkeit einhalten.
3. Die Fahrzeugführer dürfen die Fußgänger weder gefährden noch behindern, wenn nötig, müssen sie warten.
4. Die Fußgänger dürfen den Fahrzeugverkehr nicht unnötig behindern.
5. Das Parken ist außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen unzulässig, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen, zum Be- oder Entladen.

Gerade mit Punkt zwei, der Schrittgeschwindigkeit, haben viele Verkehrsteilnehmer ein Problem.

Nach der Wortauslegung ist unter Schrittgeschwindigkeit eine langsame Geschwindigkeit zu verstehen, die der eines normal gehenden Fuß-

gängers entspricht (nach OLG Köln VRS 73,221ff entspricht diese Geschwindigkeit etwa 4 bis 7 km/h).

Nach einer anderen Ansicht wird von einer Geschwindigkeit gesprochen, die weit unter 20 km/h anzusiedeln ist. Begründet wird diese extensive Interpretation mit dem Argument, dass Radfahrer und andere Zweiradfahrer bei 4–7 km/h nur instabil fahren könnten. Deshalb wird

in der gängigen Rechtsprechung (und auch vom Ordnungsamt Ingelheim) eine Geschwindigkeit bis zu 10 km/h toleriert. Wer nicht in der Lage ist bei dieser Geschwindigkeit sein zweirädriges Gefährt stabil zu führen, muss schieben.

Mit welchen Verwarn- und Bußgeldsanktionen in verkehrsberuhigten Bereichen gerechnet werden muss zeigt die nebenstehende Tabelle.

Bei einer 24-Stunden-Messung im Bereich „Im Saal“, Nieder-Ingelheim, Fahrtrichtung von Ost nach West, ergab sich im Herbst letzten Jahres folgendes Ergebnis:

37,49 Prozent bewegten sich unter 20 km/h. 51,7 Prozent waren mit 21 bis 30 km/h unterwegs, 10,81 Prozent fuhren schneller als 30 Kilometer pro Stunde.

Dabei wäre, egal ob in der Bahnhofstraße oder im Saal, die Einhaltung von Schrittgeschwindigkeit ganz einfach:

**Gang einlegen und mit Standgas vollkommen stressfrei, gemütlich fahren ... ausprobieren – es funktioniert wirklich.**

*Erwin Menk*

### Verwarnungen und Bußgelder in verkehrsberuhigten Bereichen

16 bis 20 km/h	15 Euro
21 bis 25 km/h	25 Euro
26 bis 30 km/h	35 Euro
31 bis 35 km/h	80 Euro + 1 Punkt
35 bis 40 km/h	100 Euro + 3 Punkte
41 bis 50 km/h	160 Euro + 3 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
51 bis 60 km/h	200 Euro + 4 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
61 bis 70 km/h	280 Euro + 4 Punkte, 2 Monate Fahrverbot

## Die Weinstadt, die ihren Wein besser vermarkten könnte

Liebe Leser, seit einiger Zeit fahre ich mit meiner Mutter, die keinen Führerschein besitzt, nach Bodenheim. Mein Vater und meine Mutter waren dort regelmäßig zum Weintrinken. Durch den Tod meines Vaters ist meine Mutter darauf angewiesen, dass entweder ich oder meine Schwester sie nach Bodenheim bringen. Durch die vielen Besuche, die meine Eltern in diversen Gutsausschänken oder Straußwirtschaften in Bodenheim hatten, entstand für beide ein großes Netzwerk an Bekannten, ja sogar Freunden.

Inzwischen weiß ich, dass Bodenheim eine große Besucherschar anzieht. Die Gäste kommen aus Regionen, die weit über das Rhein-Main-Gebiet hinausgehen. Die Menschen unterhalten sich beim Weintrinken, essen eine Kleinigkeit und lernen sich kennen. Der eine oder andere lässt sich derweil seinen Kofferraum mit einigen Flaschen des vorher probierten Weines füllen und genießt auch noch Zuhause sein Lieblingsweinchen.

Die Anzahl der Weinlokale, Straußwirtschaften und Gutsausschänken in Bodenheim ist beachtlich. Obwohl das Angebot riesig ist, sind die Sitzplätze im Freien oder in der guten



Zog viele Besucher an: Ober-Ingelheimer Rükewkaut

Stube schnell vergeben. Auffällig ist auch, dass zu etwas späterer Stunde ein Altersgruppenwechsel bei den Gästen stattfindet. Man kann einen Schichtwechsel erkennen. Zu späterer Stunde kommen die Jüngeren, die sich ebenfalls in weinseeliger Runde wohlfühlen.

Einem Tischnachbarn aus Frankfurt-Preungesheim sagte ich, dass ich aus Ingelheim käme. Ich plauderte aus, dass Ingelheim sehr gute Weine produzieren und sogar die Bezeichnung Rotweinstadt tragen würde. Dieser Gast mit Ehefrau wollten von mir spontan Adressen genannt haben, wo sie wochentags einen Wein trinken und auch – wenn schmack-

haft – kaufen könnten. Es fiel mir schwer, Winzeradressen in Ingelheim zu benennen, bei denen ein interessierter Besucher Weintrinken, Essen, Plaudern und anschließend Wein kaufen kann.

Also? Ist es nicht so, dass wir in Ingelheim in dieser Hinsicht unterbelichtet sind?

Bei der Rükewkaut, die leider seit August geschlossen hat, konnte man sehen, wie groß die erfreute Gästeschar war.

Warum unterschätzen unsere Ingelheimer Winzer die soziale Vernetzung, die uns der Genuss von Wein in einer netten Runde bringt?

Warum wird nicht erkannt, dass in Ingelheim ein großer Nachholbedarf besteht?

Welche Aktivitäten entwickelt die Stadtverwaltung, um Ingelheim im Hinblick auf die Versorgung mit netten „bürgerlichen“ Weinlokalen etc. attraktiver zu machen?

Ein Lichtblick ist das Kloster Engelthal, das nun vom Weingut Wassem eröffnet wurde. Zu guter Letzt: eine nette Runde mit interessanten Menschen bei einem guten Glas Wein ist eine bessere soziale Vernetzung, als es das Netzwerk Facebook mit tausenden von selbsternannten Freunden bieten kann. *Doris Erb*



Ein Blick in den Innenhof von Kloster Engelthal

# Ist die Chance für ein gemeinsames Schulkonzept vertan?

Das „Gemeinsame Schulkonzept“ für Ingelheim wurde in der Vergangenheit durch die Beschlüsse im Bildungsbereich vertan. Der schulpolitische Sprecher unserer Fraktion, Wolfgang Weitzel, war über 20 Jahre in der Elternarbeit aktiv. In seiner Zeit im Schulelternbeirat des SMG hat er bereits für das Jahrbuch 2000 einen Beitrag „Schule und Wirtschaft – ein Paradoxon?“ veröffentlicht, in dem viele Probleme im Bildungsbereich aus seiner Sicht dargestellt wurden.

## Für den Erhalt der Realschule

Im Jahr 2006 gab es eine große Diskussion über den Schulringtausch (Realschule Ingelheim nach Gau-Algesheim und regionale Schule Gau-Algesheim nach Ingelheim), in dem wir mit einem Antrag für den Erhalt der Realschule in Ingelheim eingetreten sind. In dieser Diskussion hatte Fraktionsvorsitzender Hans Werner Klose den Vorschlag

gemacht, die benötigten Räume für die Kaiserpfalz-Realschule durch die Stadt außerhalb des Schulzentrums zu errichten. In einer Presseerklärung der SPD wurde uns von dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden eine Verschwendung von sechs Millionen Euro für diese Maßnahme vorgeworfen. In der Begründung unseres Antrages zum Erhalt der Kaiserpfalz-Realschule vom 7. Mai 2007 hat Wolfgang Weitzel bereits Folgendes vorausgesehen: „Die Hauptschulen, Realschulen und regionalen Schulen werden zu einer Schulform mit dem Sekundarabschluss I zusammengeführt.“

## Möglichkeiten vertan

Die nächste Gelegenheit einer Weichenstellung war nach dem Beschluss der Landesregierung, die Schulformen Hauptschule, Realschule und regionale Schule zur gemeinsamen Schulform „Realschule plus“ zusam-

menzuführen. Hierzu machten wir im Stadtrat im Rahmen der Diskussion den Vorschlag, dass die Stadt Ingelheim anstelle der Schulträgerschaft der Hauptschule als Schulträger für die neue Realschule plus zur Verfügung steht. Dies wurde von allen anderen Fraktionen im Stadtrat abgelehnt. Somit war hier die Möglichkeit vertan, im Bildungsbereich in einer weiterführenden Schule die Ausgestaltung in dem vorgegebenen Rahmen zu beeinflussen.

## Vielfältige Ausbildung

Die Konzeption der neuen Realschule plus ohne eine Fachoberschule war ein Fehler. Ein inzwischen erfolgter Antrag für die Kaiserpfalz-Realschule liegt nun in einer langen Warteliste des Kultusministeriums. Die Schulen in Ingelheim mit allen möglichen Ausbildungszweigen zu versehen und gut auszustatten, um eine vielfältige Ausbildung für die Kinder in dieser Region anzubieten, sehen wir als eine Aufgabe des Stadtrates und sollte nicht blockiert werden.

Nach unserer Ansicht werden die Fehler fortgesetzt, da unsere langjährigen Bemühungen zur Standortsuche der bilingualen Montessori-Schule Ingelheim immer noch keinen Abschluss gefunden haben. Hier wurde im Gründungsjahr dieser Schule bereits der Fehler gemacht, ihr keine Startmöglichkeit in Ingelheim zu bieten. Es wird nun allenfalls versucht, die Fehler zu heilen, wobei die Zeit für die Umsetzung nach unserer Absicht zu lang ist. Hier müsste versucht werden, zeitnah das Konzept aufzustellen und den sich daraus ergebenden Zeitplan strikt abzarbeiten.

Wichtig wäre nach unserer Ansicht, dass die Verwaltung ein bildungspolitisches Konzept für Ingelheim entwickelt und sich alle Fraktionen daran beteiligen.



Zu Beginn der Schullaufbahn war alles noch einfach und klar für die Eltern. Seit einigen Jahren besteht auch in diesem Bereich durch die Montessorischule eine Wahl. Älteres Bild einer Grundschulklasse der Theodor-Heuss Schule.

## Verantwortung für Projekte in stadteigenen Gesellschaften



Entsteht hier eine Seniorenresidenz mit Gemeinschaftstoiletten?

**D**er Bericht „Eine WG für Senioren“ hat in unserer Fraktion eine Diskussion ausgelöst. An diesem Projekt wurde nach meiner Ansicht deutlich, dass der Stadtrat zukünftig auf Projekte der WBI (Wohnungsbaugesellschaft Ingelheim) mehr Einfluss haben muss. Der Informationsweg über den Aufsichtsrat der WBI ist in solchen Fällen nicht ausreichend, da wie im nachfolgend dargestellten Fall die Fraktionsmitglieder erst nach der Behandlung im Aufsichtsrat der WBI von der Maßnahme erfahren haben. Aus diesem Grund sollte grundsätzlich die Umsetzung rein kommerzieller Projekte, welche ohne Berücksichtigung von Mindeststandards geplant werden, nicht durch die WBI erfolgen. Hier ist der Stadtrat gefordert, die geeigneten Rahmenbedingungen vorzugeben. Die Idee, Wohngemein-

schaften für Senioren in Ingelheim anzubieten, ist sicherlich sinnvoll und aufgrund der demographischen Entwicklung richtig.

Eine nun von einem Mieter geplante WG für vier Senioren je Stockwerk mit einem persönlichen Zimmer von maximal 18 Quadratmeter und einem gemeinsamen sanitären Bereich Bad, Dusche und Toilette ist nicht akzeptabel, da hier die Intimsphäre gleich null ist. Eine solche Planung geht an den Bedürfnissen von Senioren völlig vorbei und ignoriert jegliche Privatsphäre. Gerade durch die Erfahrungen im sozialen Wohnungsbau, mit dem die WBI ihre Tätigkeit aufgenommen hat, muss nach meiner Ansicht eine städtische Gesellschaft eine vorgesehene Nutzung kritisch prüfen. Nachdem in Altenwohnheimen und Kranken-

häusern die Gemeinschaftstoiletten und Bäder weitgehend verschwunden sind, muss dieser Standard auch hier angewandt werden. Ich kann in diesem Fall nur an die Verantwortlichen im Aufsichtsrat und an den Aufsichtsratsvorsitzenden appellieren, die Nutzung nach Beginn der Vermietung genau zu prüfen, damit bei einer Fehlentwicklung sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Für die Zukunft hoffe ich, dass mein Artikel dazu beiträgt, Projekte von Dritten in Gebäuden der WBI im Einzelfall kritisch zu betrachten und gegebenenfalls nicht umzusetzen. Durch die geplante Zusammenführung der Stadtentwicklungsgesellschaft Ingelheim (SEGI) und der Wohnungsbaugesellschaft Ingelheim (WBI) zu einer Gesellschaft werden die Projekte in der WBI noch vielfältiger und umfangreicher und benötigt hier einen weiteren zusätzlichen Handlungsbedarf durch die Gremien.



So etwas sollte auch in Ingelheim möglich sein. (Fotomontage)

# Veränderte Verkehrssituationen in Ingelheim-West

Die Verkehrssituation im westlichen Zugang zu Ingelheim hat sich in den letzten Jahren gravierend verändert und wird sich in absehbarer Zeit weiter stark verändern. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang die Ampelsteuerung auf der Autobahnausfahrt, die zu bestimmten Zeiten weiterhin zu großen Verkehrsproblemen führt. Aus diesem Grund müssen die hier vorgestellten Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.



Kreuzung Rheinstraße/Konrad-Adenauer-Straße. Die Kapazität dieses Knotenpunktes ist in Kürze erschöpft! Die Warteschlangen werden länger werden.



Bereits heute fahren die Getränkelaster bei der Ausfahrt aus der Max-Planck-Straße in Richtung BAB-Anschluss-West über den Bürgersteig.

**1** Der Kreuzungsbereich Konrad-Adenauer-Straße und Rheinstraße soll durch einen Kreisellertüchtigt werden, der zu den Hauptverkehrsachsen in Abbiegebereichen Parallelsuren hat. Die Fuß- und Radwege könnten über eine Ampelsteuerung mit Anforderung geregelt werden, da hier das Aufkommen nicht so hoch ist.

Durch die mittelfristige Verlegung des Haupttores der Firma Boehringer in die Konrad-Adenauer-Straße führt dies zu einer erheblichen Erhöhung des Schwerlast- und PKW-Verkehrs in diesem Kreuzungsbereich, der zurzeit schon an der Kapazitätsgrenze arbeitet. Hinzu kommt die fehlende Koordination mit den Ampeln an dem Autobahnanschluss.

**2** Die Ausfahrt über die Binger-Straße muss eine längere Abbiegespur an der Ampel vorbei Richtung Autobahnanschluss bekommen, da es hier durch den Rückstau der geradeaus fahrenden Fahrzeuge zu unnötigen Wartezeiten kommt.

**3** Im Naherung müsste das Gelände für eine zusätzliche Abfahrt von der Autobahn angekauft werden. Dadurch könnten zusätzlich zwei Rampen als Zu- und Abfahrt von der Autobahn gebaut werden und damit ist eine ampel- und kreuzungsfreie Autobahnbindung in Form einer Acht umsetzbar.

**4** Bei einer Zufahrt des Schwerlastverkehrs zur Firma Boehringer über den Apfelkreisellertüchtigt in der Konrad-Adenauer-Straße muss die Größe des Apfelkreisellertüchtigt geprüft werden, inwieweit dieser den zu erwartenden Verkehr aufnehmen kann.



## Ingelheimer Einwohner wünschen sich eine grüne Stadt

In der Diskussion um die Stadtmitte wurde von vielen Einwohnern eine grüne Stadt mit Aufenthaltsqualität gefordert. Seit wir im Stadtrat als Fraktion vertreten sind, haben wir uns für Grün in der Stadt und insbesondere zum Erhalt der vorhandenen Bäume eingesetzt. Mit diesem Standpunkt standen wir in der Vergangenheit aber immer alleine in den Ausschüssen und im Stadtrat. Es gab hierzu medienpolitisch wirksame Anträge (100,0 Büsche und Bäume) anderer Fraktionen, doch wenn es um den Erhalt und die Erweiterung von vorhandenem Grün ging, gab es viele Argumente, dies nicht mitzutragen.

Die Verwaltung hat am 27. März 2012 einen Rahmenplan Grün für die Stadtmitte im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt, der am 19. Juni 2012 einstimmig beschlossen wurde. Anfang August wurden die Einwohner unter der Überschrift „Umfangreiche Baumpflegearbeiten“ in den Medien informiert. Unter dieser Überschrift waren umfangreiche Fällungen von ca. 30 Jahren alten Bäumen mit aufgeführt. Auf Antrag unserer Fraktion hatte der Stadtrat 2009 beschlossen, dass die zuständigen Ausschüsse vor der Fällung von Bäumen informiert werden. Insbesondere gehört hierzu die Vorlage des Baumgutachtens über die Bäume im öffentlichen Raum, in dem auch von einem Gutachter die Fällung von kranken oder abgestorbenen Bäumen empfohlen wird. Wie bereits 2010 hat sich die Verwaltung wiederum über diesen Beschluss hinweggesetzt.

Das Aufenthaltsqualität wesentlich auch von der farblichen Gestaltung der Bereiche abhängt, wurde dem Bau- und Planungsausschuss am 24. August 2010 von dem international bekannten Farbkünst-

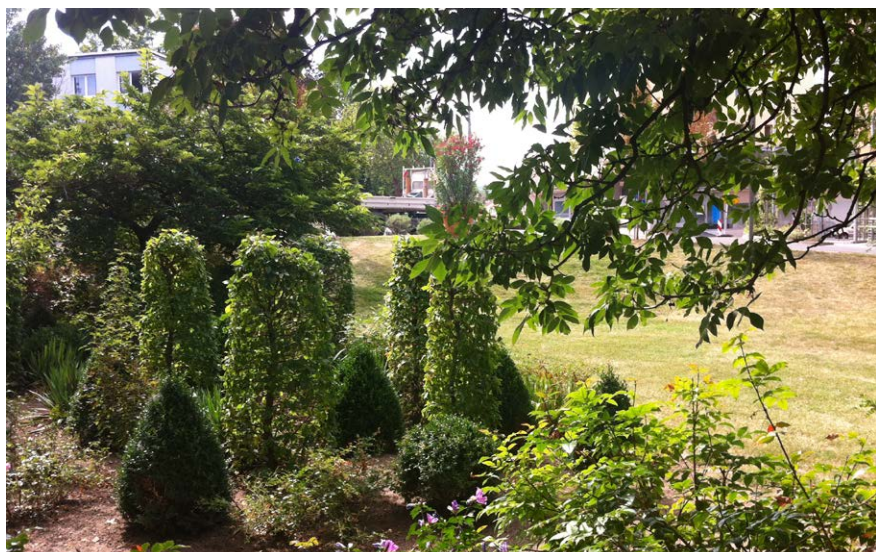


Eine schöne kleine Grünanlage mitten in der Stadt. So etwas muss erhalten werden!

ler Friedrich Ernst von Garnier in einem Vortrag über farbliche Gestaltungsmöglichkeiten für die verschiedensten Bauobjekte vorgestellt. Dieser Sachverhalt wurde von dem Sachverständigen, welcher den Rahmenplan Grün für die Stadtmitte erstellte, ebenfalls in seinem Gutachten mit aufgeführt. Auf unsere Anfrage an die Verwaltung vom 4. November 2010, ob dieser Ansatz von der Ver-

waltung weiter verfolgt wird und bei den einzelnen Projekten jeweils mit eingebracht wird, haben wir eine abschlägige Antwort bekommen.

Das Fazit aus den dargestellten Punkten, die nur eine kleine Auswahl aus der Vielzahl von den letzten fünf Jahren darstellt, ist ernüchternd und wir hoffen, dass in der Verwaltung und den Fraktionen hier ein Umdenken stattfindet.



Solche grünen Kleinode müssten noch weitere entstehen um die viel zitierte Aufenthaltsqualität im Zentrum zu erreichen.

## WBZ – Belegung für das Stadtzentrum

Die Pläne für den Umbau des Umfeldes um das Rathaus nehmen weitere Gestalt an. In diese Planung wurden nun zwei Forderungen aus unseren Wahlprogrammen von 2004 und 2009 aufgenommen:

**Belegung des Stadtzentrums mit Kultur, Bildung, Jugend, Besucher durch den Bau einer Kongress- und Kulturhalle, Verlagerung des Weiterbildungszentrums mit Musikschule in diesen Bereich, Angebote der Jugendarbeit und Ansiedlung eines Hotels.**

Mit der Planung eines WBZ und einer Kultur- und Kongresshalle auf diesem Gelände sind diese Forderungen erfüllt. Bei der Kultur- und Kongresshalle sind bei uns aber immer noch Fragen offen, die durch die zurzeit vorliegende Planung und Gutachten

nicht geklärt sind. Beispielhaft wären dies die Größe der Halle und das Management, Bewirtung, Zufahrt zum Bühnenbereich. Gerade die Größe der Halle ist für uns wichtig, da nach unserer Kenntnis bei einer zu kleinen Größe diese Halle von vielen Künstlern nicht angenommen wird. Ebenso ist es für uns nicht akzeptabel, eine Kultur- und Kongresshalle im Zentrum zu bauen, die von der Zuschauerkapazität genauso groß ist wie die vorhandenen Turnhallen und damit mit diesen in Konkurrenz tritt. Dies macht keinen Sinn!

Es wird sich im nächsten halben Jahr zeigen, wie die nun beauftragten Architekten die bisher als Baukörper festgelegten Gebäude in ihren Plänen ein Gesicht geben und mit dem geforderten Grün zu einem Gesamtbild formen.

## Energiesparen durch die Stadt

Im Rahmen des zurzeit erarbeiteten Klimaschutzkonzeptes für Ingelheim wurde als ein Punkt zur Einsparung der Energieverbrauch zur Straßenbeleuchtung genannt. Da eine Änderung der Beleuchtung nicht zeitnah durchzuführen ist, haben wir das Ende der Studie nicht abgewartet. Zum Haushalt 2012 hatten wir zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Antrag eingereicht, dass bei Erneuerungen von Straßen und bei Sanierungen zukünftig LED-Lampen zum Einsatz kommen. Durch den Einsatz von LED-Leuchten lassen sich in diesem Bereich ca. zwei Drittel der Energiekosten einsparen. In den beschlossenen Straßensanierungen in diesem Jahr wurde in allen Fällen auch der Einsatz von LED-Leuchten beschlossen.

Bereits vor unserer Wahl 2004 in den Stadtrat hatten wir dieses Thema als sehr wichtig angesehen und

unter folgendem Punkt in unseren Wahlprogrammen 2004 und 2009 festgehalten:

**Sichere und bezahlbare Energie in Ingelheim durch eine weitgehend vom Weltmarkt losgelöste Energieversorgung**

Da sich die Lage durch die Energiewende und den Ausstieg aus der Atomkraft weiter stark verändern wird, ist für uns die dezentrale Energieerzeugung vor Ort ein wesentliches Anliegen, das viel stärker verfolgt werden muss. Hierzu sollte unser Antrag zum Haushalt 2010 nochmals aufgegriffen werden, in dem wir vorgeschlagen haben, mit der Firma Boehringer in Kooperation ein Kraftwerk zu betreiben. Die Energie und Wärme, die von der Firma Boehringer nicht benötigt wird, könnte sinnvoll in der Stadt verwendet werden.

## FBI LEXIKON

### Meraagel

Der Uname Meraagel kommt von Mirakel (lateinisch miraculum = Wunderwerk). Er ist aus der städtebaulichen und historischen Entwicklung und einer gewissen Rivalität zwischen Ober- und Nieder-Ingelheim zu verstehen. Er spiegelt im verwendeten Wortschatz die wechselnde Geschichte des Niedergangs eines Ortes und des Aufstiegs eines anderen Ortes in alten Zeiten.

Nieder-Ingelheim ist der ältere Ortsteil, der nach der Zerstörung der karolingischen Kaiserpfalz (1254) und als diese zur Besiedlung freigegeben worden war (1402) ist zum bedeutungslosen Dorf abgesunken. An der großen Heerstraße liegend, immerwährenden Verwüstungen und Plünderungen ausgesetzt, zogen sich der Adel und die Besitzenden nach Ober-Ingelheim zurück. Dieses war auch im 15. Jahrhundert mit einem Mauerring ausgestattet worden und hatte sich zu einem ansehnlichen Gemeinwesen entwickelt. Zahlreiche Grabdenkmäler bedeutender Bürger befinden sich an den Innen- und Außenwänden der Burgkirche, während die historische Saalkirche in Nieder-Ingelheim nur ein Fragment besitzt. Nicht nur die Anwesen der besseren Leute, auch Ämter entstanden mit der Zeit in Ober-Ingelheim. Die zwangsläufig einfacher und ärmer lebenden Nieder-Ingelheimer sahen diese Entwicklung wie ein Wunder an. So entstand – vor allem von dort aus gebraucht – der Neckname für die Ober-Ingelheimer.

Im Zeitalter der Industrialisierung wendete sich das Blatt freilich wieder. Gewerbe, Industrie und Handel siedelten sich im für den Verkehr besser erreichbaren Nieder-Ingelheim an. Auch in der heutigen Zeit sind diese Ansiedlungen auf der Gemarkung von Nieder-Ingelheim noch vorhanden. Dass das Uzwort mit zwei geschrieben (ausgesprochen) wird rührt daher, dass die Ober-Ingelheimer diesen Buchstaben sehr stark und langgezogen betonen.

# FBI will die Rinderbachstraße verkehrsberuhigen

Die Bürger unterstützen das Vorhaben der Verkehrsberuhigung der Rinderbachstraße mit überwältigender Mehrheit

Im September 2011 haben wir einen Vorstoß in der Verwaltung durchgeführt, um die Verkehrssituation in der Rinderbachstraße in Ober-Ingelheim zu verbessern. Die Verwaltung hat hierzu eine Stellungnahme ausgearbeitet, die der Bau- und Planungsausschuss zur Kenntnis bekommen hat. Das Fazit der Verwaltung war, dass es nicht notwendig ist und die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h ausreicht. Unsere Bitte, die Bürger in den Entscheidungsprozess mit einzubinden wurde in der Weise aufgenommen, dass dieser Punkt in einer der nächsten Einwohnerversammlungen behandelt wird. Nachdem dies nicht geschehen ist, haben wir nachgefragt und die Auskunft erhalten, dass dies nicht geplant wäre, sondern eine Umfrage der betroffenen Bürger durchgeführt würde.

Damit die Feststellung des Meinungsbildes zügig umgesetzt wird, hat unsere Fraktion eine Extra-Aus-



Die Verkehrssituation in der Rinderbachstraße in Ober-Ingelheim halten auch viele Anwohner für unbefriedigend.

gabe des Rheinblicks erstellt, in der alle Informationen dargestellt wurden. Diesen Rheinblick haben wir mit einer Abstimmkarte in der Rinderbachstraße und im Umfeld verteilt. Der Rücklauf der Karten war erfreulich hoch, 66 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Meinung mittels Unterschrift bekundet. Von diesen 66

stimmten 65 für einen verkehrsberuhigten Bereich in der Rinderbach und nur eine Stimme war dagegen.

Aufgrund dieses eindeutigen Ergebnisses werden wir die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen auffordern, hier ihre Stellungnahme zu überdenken und dem Bürgerwillen Rechnung zu tragen.

## FBI LEXIKON

### Rauhhoorische Sandhase

In Ober-Ingelheim wohnen die besseren Leute. Nieder-Ingelheim die einfacheren – so sahen es die Nachbargemeinden und anderen Stadtteile. Darum nannten sie die Nieder-Ingelheimer Rauhhoorische – auch: Rauhhäarische (= Rauhaarige) oder Raubäänische (Rauhbeinige). Damit sollte ausgedrückt werden, sie seien von derber Art und rauhen Manieren. Dieser Spitzname ist in Rheinhessen einmalig vorhanden und auch aus der gewissen Rivalität zwischen Nieder- und Ober-Ingelheim heraus verständlich, die sich aus der unterschiedlichen historischen Entwicklung ergab.



Antwortkarte Rheinblick-Extra

Soll die Rinderbachstraße als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen werden?

**Nein**       **Ja**

Vorname, Name \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ Wohnort \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

An  
 Freie Bürgerliste Ingelheim  
 zu Hd. Herrn Wolfgang Weitzel  
 Weimarer Straße 30  
 55218 Ingelheim

Unsere Abstimmkarten brachten ein klares Votum: 65 von 66 Bürgerinnen und Bürger stimmten für die Verkehrsberuhigung.

## Radweg zur Rheinwelle seit 2005

Entgegen der Meinung des Fahrradbeauftragten, welche im Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 23. Mai 2012 veröffentlicht wurde, besteht von Ingelheim ein sicherer Radweg zur Rheinwelle, und zwar aus dem Ingelheimer Stadtgebiet nach Gau-Algesheim! Die Ausschilderung dieses Radweges wurde bereits auf Antrag der FBI vom 19. September 2005 von der Verwaltung vorgenommen.

Dieser sichere Radweg zweigt von der direkten Strecke bei der Einmündung der Berliner Straße in die Binger Straße gegenüber des Fressnapfes ab (siehe Bild). Diese sichere Rad-

wegeverbindung ist ca. ein Kilometer länger als die direkte Verbindung, was die Fahrzeit um fünf Minuten verlängert. Unsere Fraktion hatte damals schon befürchtet, dass die Realisierung eines direkten sicheren Radweges zur Rheinwelle noch viele Jahre auf sich warten lassen würde.

Nachdem aufgrund unseres Antrages die Ausschilderung vorgenommen wurde, hatten wir die Verwaltung aufgefordert, diesen Radweg in der Bevölkerung zu bewerben, damit er auch bekannt wird. Leider wurde dieser Aufforderung nicht nachgekommen.



## Fortschritte bei der Vereinsförderung für die Jugendarbeit

Bei den Haushalts-Beratungen für 2012 hat der Stadtrat beschlossen, die Jugendarbeit in allen Vereinen mit 15 Euro im Jahr für jeden Jugendlichen zu fördern. In unserem Wahlprogramm von 2004 hatten wir bereits folgende Forderung aufgenommen:

**Eine angemessene finanzielle städtische Vereinsförderung, insbesondere Förderung der vereinsseitigen Jugendarbeit**

Daraus resultierend hatten wir erstmals zu den Haushaltsberatungen für 2007 den Antrag gestellt, die Jugendarbeit in allen Vereinen mit 20 Euro

für jeden Jugendlichen im Jahr anstelle mit 2,50 Euro zu unterstützen. Darüber hinaus hatten wir beantragt, die Ausbildungskosten für die ehrenamtlichen Trainer und Betreuer zu übernehmen.

Durch ständige Überzeugungsarbeit bei den Stadtratsmitgliedern in den anderen Fraktionen wurde im Dezember letzten Jahres nun mehrheitlich die Erhöhung auf 15 Euro beschlossen. Wir werden unser im Jahr 2004 formuliertes Ziel weiter verfolgen und hoffen in naher Zukunft die Förderung von 20 Euro zu erreichen, die wir als Unterstützung für die Vereine, die sich in der Jugendarbeit

engagieren, für erforderlich halten. Die Sportförderrichtlinie wurde den neuen Förderbeträgen regelmäßig angepasst.

Was seitens der Verwaltung noch fehlt, ist die Änderung der Richtlinie für Zuschüsse in Vereine mit Jugendarbeit. Hier wurde bisher keine Anpassung der Richtlinie vorgenommen, obwohl in den Haushaltsberatungen anders lautende Beschlüsse gefasst wurden. Dies haben wir in diesem Jahr wiederum bei der Verwaltung angemahnt und der neue Oberbürgermeister Ralf Claus hat zugesagt, diese Änderung zeitnah umzusetzen.

### Impressum

#### Herausgeber:

FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim e.V.  
Brüder-Grimm-Straße 44, 55218 Ingelheim  
Telefon (0 61 32) 82 21, Fax (0 61 32) 7 13 53 01  
E-Mail: info@fb-ingelheim.de,  
Internet: www.fb-ingelheim.de

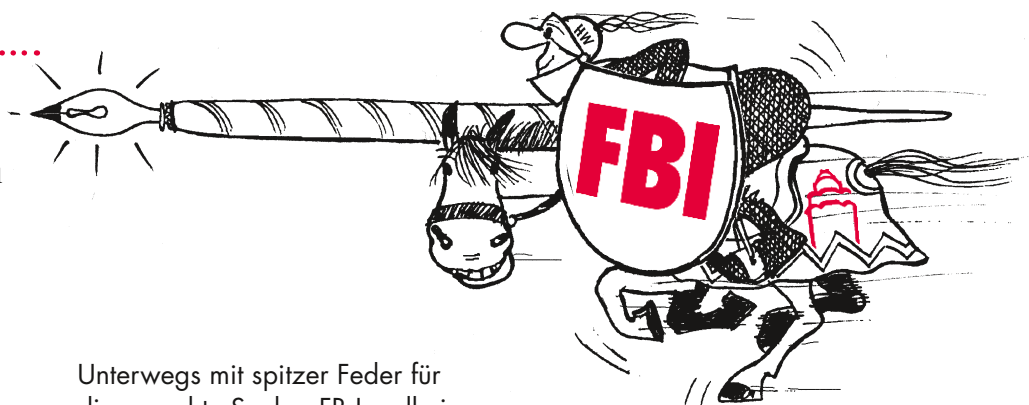
Ingelheim, September 2012

Redaktion: Wolfgang Weitzel

Gestaltung und Druckvorstufe:

mayart GmbH, Ingelheim

Druck: Druckerei Adis GmbH



Unterwegs mit spitzer Feder für die gerechte Sache: FB Ingelheim